

„Hunsrück“ und Birkenfeld, ein Benefizkonzert mit Ranunculus, Vorträge über Israel, Regionalmarketing und Regenerative Energien vorgesehen. Lions Pro Rheintal informiert darüber, das aktuell das Eisenbahn-Bundesamt Lärmkarten veröffentlicht zur Verfügung stellt.

Nun ist die Lärmbelastung in Deutschland dokumentiert. Damit wird der Lärm in Bacharach, Boppard oder Oberwesel im Internet ablesbar. Über die Homepage <http://laermkartierung.eisenbahn-bundesamt.de> kann eine örtliche Lärmkarte kostenlos eingesehen und angefordert werden.

## Pro Rheintal: "Nirgendwo ist es schlimmer als am Rhein"

Das Bundesumweltamt (BUA) hat jetzt erstmalig Lärmkarten im Internet veröffentlicht, die belegen, so schlimm wie am Rhein ist es sonst nirgendwo in Deutschland



Die Lärmkarte von Boppard des Bundesumweltamtes demonstriert anschaulich die hohe Lärmbelastung im Mittelrheintal.

In Deutschland, wo aufgrund der dichten Besiedlung inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung vom Lärm betroffen ist, rechnet man mit 16 Millionen Lärmgeschädigten, die das Gesundheitssystem in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit über 90 Milliarden

Euro Kosten belasten werden (ca. 6.000 Euro pro Patient). „Das ist noch zurückhaltend und günstig gerechnet“, sagt „Pro Rheintal“-Sprecher Frank Groß, denn diese Berechnung beinhaltet nicht die Kosten, welche die Betroffenen dafür in Rechnung stellen könnten, dass ihr Schlaf unterbrochen wird, ihre Leistungsfähigkeit beschränkt, ihre Kommunikation gestört und ihr Sozialverhalten immer mehr beeinträchtigt würde.

Darüber hinaus könnten die Lärmgeschädigten noch Rechnungen für den Wertverlust ihrer Häuser und Grundstücke sowie die geminderten Mieteinnahmen beziehungsweise die Mietausfälle schicken. Laut Rechenmodell des Hamburger Beratungsbüros „Lärmkontor“ führt der Lärm beim Eigenheim zu einem Wertverlust von 590 Euro pro Dezibel und Bewohner, bei der Miete sind es 22,22 Euro pro Dezibel, Bewohner und Jahr. Wenn es so schlimm kommt wie hier am Rhein, gibt es gar keine Miete und das Haus wird unverkäuflich.

In den jetzt vom Bundesumweltamt veröffentlichten Lärmkarten (<http://laermkartierung.eisenbahn-bundesamt.de>) kann man quasi die Lärmbelastungen in jedem einzelnen Ort und an jedem Straßenzug ablesen. Die angegebenen Pegelwerte seien zwar mit Vorsicht zu genießen, doch der Vergleich zeige, dass vor allem am Rhein schnell etwas geschehen muss, denn der Verkehr soll sich ja laut Bahn bis 2015 noch einmal verdoppeln. „Pro Rheintal“-Sprecher Frank Groß dazu: „Wer sein Geschäft vergrößern oder verdoppeln will, der muss auch die damit verbundenen Anforderungen und Auflagen erfüllen, sonst entstehen für Staat und Bürger Risiken und Belastungen, die durch nichts zu rechtfertigen sind.“ So seien die enormen Sanierungsaufwendungen, die jetzt anstehen, nicht zuletzt eine Konsequenz aus dieser Profitstrategie, die nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden könne. Wenn früher hin und wieder mal ein alter Zug über die Schienen fuhr, sei das vielleicht zu ignorieren gewesen. Wenn jetzt aber die Bahn mit 5.000 solcher alten Züge bei Tag und Nacht, an Sonn- und Feiertagen mitten durch Städte wie Bonn und Koblenz, Boppard und Oberwesel fahren wolle, dann sei das weder mit dem Grundgesetz noch mit geltendem Verkehrsrecht zu vereinbaren. Hier müssten die Politik und die Bahn ganz klar erkennen, dass dies so wie geplant nicht umzusetzen ist und dass auch ein Börsengang unter diesen Voraussetzungen riskant gegenüber den Investoren sei, weil der Bund dann in späteren Jahren durch Schadenersatzforderungen belastet werden könnte. Wie schnell unsere heutigen Politiker mal eben ein paar Milliarden versenken können, zeigten Beispiele wie Toll Collect und Transrapid.

Bundesverkehrsminister Tiefensee und Bahn-Chef Mehdorn haben sich inzwischen anscheinend auf die Seite der Lärmgegner geschlagen, um die Privatisierung mit dem Argument durchzusetzen, man brauche dieses Geld dringend für Lärmschutz. Im nächsten Atemzug verweist man aber auf die Versäumnisse zurückliegender Jahrzehnte, die man nicht so kurzfristig aufholen könne.

Tatsache ist, dass die Bahn allein im letzten Jahrzehnt erneut 25 Milliarden Schulden angehäuft hat, ohne erkennbare Fortschritte im Güterverkehr oder Lärmschutz zu erzielen. Die Marktanteile konnten jedenfalls gegenüber der Straße in keiner Weise gesteigert werden, und die wenigen Millionen für Lärmsanierung hat der Bund größtenteils beigesteuert. Es wäre also klug, wenn der Gesetzgeber, angesichts heutiger „Nach mir die Sintflut“-Mentalität und der damit verbundenen Risiken aus Altlasten, auf die Privatisierung verzichtet und sich tatsächlich um ein funktionierendes Verkehrssystem bemüht.

Der Bund sollte das Verursacherprinzip bei der Lärmbekämpfung konsequent umsetzen. Das heißt, auch die Bahn muss sich, wie jeder andere

Fuhrparkunternehmer, an die heutigen Umwelt-, Verkehrs- und Sicherheitsregeln halten und kann ihren Güterverkehr nur dann weiter ausbauen, wenn sie dazu auch über die nach heutigen Standards tauglichen Streckenführungen und Fahrzeuge verfügt. Der Gesetzgeber muss seine wichtigste Ressource, den Menschen, schützen und sollte Zug um Zug den Güterverkehr aus den Städten herausholen.



Alte Züge poltern bei Tag und bei Nacht, an Sonn- und Feiertagen durch die Mittelrheinorte wie hier Boppard. Dies ist weder mit dem geltenden Verkehrsrecht noch mit dem Grundgesetz vereinbar, so Pro Rheintal.

Die Landespolitiker, so Groß, seien deshalb jetzt gefordert, sich schützend vor ihre Bürger zu stellen und von Bund und Bahn sofortige Reaktionen in Form von Grenzwerteinhalten und Nachtfahrverboten einzufordern. Die Bahn dürfe den Lärm im Weltebetal nur noch zurückfahren und nicht mehr weiter steigern - das sei nun den Menschen und auch der UNESCO schuldig, so Groß. Man könne ja durch Teilung oder Drittelung von Güterzügen, mit den dann geringeren Zuglasten, nachts auch über die ICE-Trasse Köln - Frankfurt fahren. Oder man könne entsprechend lärmarme Güterzüge zusammenstellen und nachts bei den Ortsdurchfahrten etwas langsamer fahren. Doch wie die Bahn es letztendlich anstelle, sei nicht der Punkt, sondern Hauptthema sei, dass es diesen Lärm hier am Rhein keinen Tag länger geben dürfe.

Die Bürger und Unternehmen in der Region rief Groß noch einmal auf, sich jetzt durch Mitwirkung, Beiträge und Spenden am „Pro Rheintal“-Netzwerk, das allen offenstehe, zu beteiligen. Nur gemeinsam könne man der Sache noch mehr Qualität und Gewicht verleihen, über die Medien genügend Druck aufbauen und Experten einschalten, die Bahn und Bund fundiert nachweisen, dass hier am Rhein Schluss ist mit lustig und die Bürger jetzt ihre Rechte einfordern.

Weitere Informationen:

„Pro Rheintal“ Bürgernetzwerk

Frank Groß, Sprecher - Neustadt 8, 56068 Koblenz, Tel: 0261/46028-0, Fax: 0261 46028-8; E-Mail: [info@pro-rheintal.de](mailto:info@pro-rheintal.de)

[www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de)

## SPD-Gemeindeverband St. Goar-Oberwesel

Klimaschutz und Energiekostensenkung funktioniert

SPD St. Goar-Oberwesel zu Gast im Umweltministerium

Die SPD in der Verbandsgemeinde St. Goar-Oberwesel setzt ihren Dialog zum Klimaschutz und Energiekostensenkung vom letzten Herbst fort. Dazu wurde ein Termin mit Prof. Dr. Keilen, Referatsleiter Energie, Umweltministerium Mainz, vereinbart, um über Lösungsansätze in der Verbandsgemeinde zu diskutieren.

Der Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbandes St. Goar-Oberwesel, Reinhold Rüdeshelm, hatte Bürgermeister Bungert im Vorfeld über den Termin informiert, der spontan seine Teilnahme anbot.

Zuerst wurde darüber diskutiert, auf welchem Weg die Energiekosten bei den Objekten der Verbandsgemeinde (Schule, Schwimmbad, Rathaus, Kläranlagen, Feuerwehr, Rhinelandstadion) gesenkt werden können. Es herrschte schnell Einigkeit, dass die vom VG-Rat geplanten Projekte Schwimmbad und Rathaus weiter verfolgt werden sollen. Die Verbandsgemeinde wird dazu eine Grobanalyse und Verbrauchswerte an Prof. Keilen übermitteln. Dann wird ein Auftrag für ein Konzept an eine Hochschule erteilt. Vom Schulzentrum Oberwesel werden ebenfalls erste Auswertungen zum Energieverbrauch an das Umweltministerium zur Analyse weitergeleitet.

Prof. Keilen berichtete von anderen Regionen in Rheinland-Pfalz (Weilerbach, Landau u. a.), wo z. B. durch Grün- und Schnittholzverwertung Energie erzeugt und vor Ort ins Netz eingespeist oder als Heizenergie verwendet wird. Bürgermeister Bungert ging dabei auf die Situation im Industriegebiet Wiebelsheim ein. Dort steht in einem Betrieb überschüssige Energie (Wärme u. Biomasse) zur Verfügung, die in konzeptioneller Abstimmung